



## Themen der Woche Nr. 17/115

1. **Betreuungs- und Entlastungsleistungen für Pflegebedürftige – aktueller Stand**
2. **Entwicklung des Vereinswesens in Rheinland-Pfalz**
3. **Kleine Waffenscheine, Waffenscheine, Waffenbesitzkarten**
4. **Häusliche Gewalt gegen Frauen – Schutzwohnungen in Rheinland-Pfalz**
5. **Begrenzung der Pflegekosten bei einer Unterbringung in Heimen**
6. **Forschungsförderung in Rheinland-Pfalz 2018**



### 1. **Betreuungs- und Entlastungsleistungen für Pflegebedürftige – aktueller Stand**

Antwort der Landesregierung  
auf eine Große Anfrage der  
Fraktion der CDU  
- Drs. 17/10246 -

**Angebote zur Unterstützung im Alltag** tragen dazu bei, Pflegepersonen zu entlasten, und helfen Pflegebedürftigen, möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung zu bleiben, bekräftigt die Landesregierung. Auch sei es für die Pflegebedürftigen besonders wichtig, ihre sozialen Kontakte aufrechtzuerhalten und den Alltag weiterhin möglichst selbstständig bewältigen zu können. Angebote zur Unterstützung im Alltag seien Betreuungsangebote, Angebote zur Entlastung von Pflegenden sowie Angebote zur Entlastung im Alltag. Dabei gebe es durchaus auch Überschneidungen mit den Angeboten ambulanter Pflegedienste oder auch ambulanter Betreuungseinrichtungen und deren Leistungen.

Handlungsbedarf sieht die Landesregierung jedoch im Bereich der **hauswirtschaftlichen und alltagsunterstützenden Hilfen**, die oftmals im Rahmen eines Minijobs oder einer nachbarschaftlichen Hilfe erbracht werden. Mit einer beabsichtigten Änderung der Landesverordnung reagiert die Landesregierung auf diese konkrete Bedarfslage.

Nach Auskunft der für die Anerkennung der Angebote zur Unterstützung im Alltag zuständigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier waren 414 Angebote zur Unterstützung im Alltag in Rheinland-Pfalz anerkannt (Stand: 09.09.2019). Hiervon wiederum waren 273 Angebote in Landkreisen anerkannt und 141 Angebote in kreisfreien Städten.

## 2. Entwicklung des Vereinswesens in Rheinland-Pfalz

Große Anfrage der Fraktion der AfD  
- Drs. 17/10238 -

Die fragestellende Fraktion interessiert, wie sich die **Zahl der eingetragenen Vereine und ihrer Mitglieder** in Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2000 verändert hat.

Besonders interessiert sich die Fraktion dafür, welche Einflüsse von der im August 2018 eingeführten „Ehrenamtskarte“ ausgegangen sind und welche Auswirkungen diese für die Zukunft erwarten lässt. Außerdem bittet sie die Landesregierung um eine Bewertung der Idee einer Anerkennung von ehrenamtlichen Engagements in Vereinen durch Rentenpunkte, und möchte wissen, ob die Landesregierung sich auf Bundesebene für diese Idee einsetzen werde.

## 3. Kleine Waffenscheine, Waffenscheine, Waffenbesitzkarten

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
- Drs. 17/10232 -

Zum Stand 30. Juni 2019 waren in Rheinland-Pfalz 33 003 „Kleine Waffenscheine“ ausgestellt, so die Landesregierung. Zum gleichen Stand waren in Rheinland-Pfalz 245 „Waffenscheine“ statistisch erfasst. Dem gegenüber stehen – ebenfalls zum Stichtag 30. Juni 2019 – 142 828 Waffenbesitzkarten.

Die Gründe für den Erwerb waffenrechtlicher Erlaubnisse seien vielfältiger Natur. So sei die Anzahl der „Kleinen Waffenscheine“ in den letzten Jahren gestiegen.

Bei den waffenrechtlichen Erlaubnissen bzw. Waffenbesitzkarten spielten **weniger Sicherheits- bzw. Selbstschutzbedürfnisse** eine Rolle. Vielmehr beträfen diese mehr den Besitz von Erbwapfen oder antiker Waffen. Außerdem seien waffenrechtliche Erlaubnisse erforderlich bei der Herstellung von und dem Handel mit Waffen, dem Schießsport sowie der Ausübung der Jagd.

## 4. Häusliche Gewalt gegen Frauen – Schutzwohnungen in Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
- Drs. 17/10228 -

In Rheinland-Pfalz gibt es zwei Schutzhäuser, in denen Frauen mit Migrationshintergrund, die von Gewalt, Menschenhandel, sexueller Ausbeutung oder sonstigen Formen von Gewalt betroffen sind, Zuflucht finden können. Dies teilt die Landesregierung in ihrer Antwort mit. Ein Schutzhäuser befindet sich im Rhein-Hunsrück-Kreis, das andere in Koblenz. Außerdem befindet sich eine Schutzwohnung im Rhein-Pfalz-Kreis, eine zweite im Landkreis Südliche Weinstraße.

Die Landesregierung lege besonderen Wert auf den Schutz von Frauen, die von Gewalt betroffen seien. Das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) trage dem Rechnung. RIGG unterhalte derzeit 17 rheinland-pfälzische Frauenhäuser, ein 18. Frauenhaus werde derzeit aufgebaut. Die Frauenhäuser würden vom Land mit rund 103 000 Euro pro Jahr gefördert. Dort erführen die gewaltbetroffenen Frauen und deren Kinder neben einer geschützten Unterkunft psychosoziale Betreuung und Begleitung.

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Einrichtung von Schutzwohnungen zwar insgesamt zu begrüßen ist, aber keine Alternative zu Frauenhäusern darstellt. Denn anders als bei Frauenhäusern stehe die Beratung und Begleitung von Frauen und Kindern hier nicht im Vordergrund. Aus diesem Grund sei eine finanzielle Unterstützung für die Träger von Schutzwohnungen derzeit nicht geplant.

## 5. Begrenzung der Pflegekosten bei einer Unterbringung in Heimen

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage  
- Drs. 17/10214 -

Nach Angaben des Verbandes der Ersatzkassen e.V. belief sich der einrichtungseinheitliche Eigenanteil an den vollstationären Pflege-sätzen in Rheinland-Pfalz zum 1. Juli 2019 auf 698 Euro monatlich. Das Entgelt für gesondert berechenbare betriebsnotwendige Investitionsaufwendungen wird mit durchschnittlich 432 Euro monatlich angegeben.

Die Pflegeversicherung habe die Aufgabe, Pflegebedürftigen Hilfe zu leisten, die wegen der **Schwere der Pflegebedürftigkeit** auf Unterstützung angewiesen seien. Die Länder seien, so die Landesregierung, im Gegenzug dafür verantwortlich, dass eine leistungsfähige, zahlenmäßig ausreichende und wirtschaftliche pflegerische Versorgungsstruktur vorhanden sei.

## 6. Forschungsförderung in Rheinland-Pfalz 2018

Unterrichtung durch die Landesregierung (Bericht)  
- Drs. 17/10166 -

In ihrem Bericht informiert die Landesregierung über die Fördermaßnahmen der rheinland-pfälzischen Ministerien im Jahr 2018. Der Bericht weist alle laufenden Projekte aus, unabhängig davon, ob im Berichtszeitraum auch tatsächlich Kosten angefallen sind.

Die **Fördermittel** (Anlage 1 zum Bericht) beliefen sich danach für alle Ressorts auf rund 34 Millionen Euro, davon stammten mehr als 30 Millionen Euro aus dem Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur.

Die einzelnen **Forschungsprojekte** der Ministerien listet die Landesregierung in einer Übersicht auf (Anlage 2 zum Bericht). Dazu zählt beispielsweise der Kinder und Jugendbericht Rheinland-Pfalz: „Gelingt Inklusion?- Inklusion gelingt!“ (155.000 Euro) und Untersuchungen zur effektiven Regulierung der Kirschesigfliege im Weinbau (120.000 Euro).